

CDU-Stadt- und Gemeindeverbände im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II

An  
die Vorsitzende der CDU Deutschlands  
Frau  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin



DIE VORSITZENDEN

Rhein-Sieg-Kreis, 4. Oktober 2011

Nachrichtlich:

—  
Herrn Bundesminister Dr. Thomas de Maizière MdB  
Herrn Bundesminister Dr. Norbert Röttgen MdB  
Frau Lisa Winkelmeier-Becker MdB

—  
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
sehr geehrte Frau Vorsitzende,

mit Sorge beobachten wir die im Rahmen der Bundeswehrreform geführte Diskussion um eine mögliche Verlegung des ersten Dienstsitzes des Bundesverteidigungsministeriums nach Berlin bzw. die Abwanderung weiterer Dienstposten nach Berlin. Insbesondere die öffentlichen Äußerungen des Bundesverteidigungsministers in einem vor kurzem veröffentlichten Interview des Bonner General-Anzeigers und die darin angerissene Abkehr von den Buchstaben des Berlin-/Bonn-Gesetzes haben zu einer starken Verunsicherung an der regionalen Parteibasis und in der Bevölkerung geführt. Trotz aktueller Hinweise aus Pressemeldungen, dass der Verbleib des ersten Dienstsitzes des Verteidigungsministeriums in Bonn nunmehr außer Frage stehe, möchten wir nochmals nachdrücklich darauf hinweisen, welch schwere Bürde alleine das Infragestellen des Gesetzes in der täglichen Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort darstellt. Als kommunale Basis müssen wir nahezu tagtäglich für verlässliche und vertrauenswürdige CDU-Politik aller Ebenen und die Arbeit der Bundesregierung werben und diese erklären. Die Diskussion um das Gesetz schadet gerade in unserer konservativ geprägten Region dem Vertrauen in die Verlässlichkeit der CDU.

Der historische Kompromiss des Berlin-/Bonn-Gesetzes war Grundlage für die Umzugsentscheidung nach Berlin. Deshalb unterstützen unsere CDU-Verbände uneingeschränkt unseren Landrat Frithjof Kühn und unsere Abgeordneten Dr. Norbert Röttgen und Elisabeth Winkelmeier-Becker, die auf eine strikte Einhaltung des Berlin-/Bonn-Gesetzes abheben. Bonn als Regierungssitz ist und bleibt adäquater Ausdruck unserer bewegten Geschichte. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass hinter allen Diskussionen und Zahlen viele Menschen mit ihren Familien und Lebensentwürfen, aber auch die Planungen von Kommunen stehen. Im Vertrauen auf das Gesetz haben sich die Menschen wie auch die Kommunen unserer Region ihre Zukunft ausgerichtet.

Dass die Bundeswehrreform auch Auswirkungen auf die Standorte der Region haben wird steht für uns außer Frage. Doch ist dies aus unserer Sicht eine qualitativ andere Frage als das geltende Berlin-/Bonn-Gesetz und der Erhalt des Charakters der Stadt Bonn als Regierungssitz. In diesem Sinne bitten wir Sie, Frau Bundeskanzlerin, auf eine strikte Einhaltung des Berlin-/Bonn-Gesetzes bei der anstehenden Bundeswehrreform hinzuwirken, nicht nur, aber auch zum Erhalt des Vertrauens in die schwarz-gelbe Bundesregierung und unserer CDU in der Region.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Krauß  
*Stellv. Vorsitzender GV Alfter*

Norbert Nettekoven  
*Vorsitzender SV Bornheim*

Eike Kraft  
*Vorsitzender SV Meckenheim*

Axel Grzeszkowiak  
*Vorsitzender SV Sankt Augustin*

Stephan Zieger  
*Vorsitzender GV Wachtberg*

Sebastian Wolff  
*Vorsitzender SV Bad Honnef*

Andrea Milz MdL  
*Vorsitzende SV Königswinter*

Silke Josten-Schneider  
*Vorsitzende SV Rheinbach*

Bernd-O. Großmann  
*Vorsitzender GV Swisttal*